

**Freie Hansestadt Bremen
Ortsamt Horn-Lehe**

PROTOKOLL

der öffentlichen Fachausschusssitzung Soziales, Kultur und Sport des Beirates Horn-Lehe

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
28. August 2018	18.00 Uhr	19:25 Uhr	Diele des Ortschaftes
TEILNEHMER_INNEN			
ORTSAMT	: Olga Rudi, Vorsitz + Protokoll		
BEIRAT/AUSSCHÜSSE	: Dirk Eichner, Corina Funk, Dieter Mazur, Heike Menz, Dirk Porthun, Manfred Steglich		
GÄSTE	: - Carina Drell und Imke Stalling (Projekt „BUTEN AKTIV“) - Dietmar Stadler (Seniorenbeauftragter des Beirates) - Barnabás Adam (Beirat)		
TAGESORDNUNG:			
1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung			
2. Vorstellung des Projektes „BUTEN AKTIV“			
3. Anträge			
▪ Antrag der CDU-Fraktion: Neubesetzung der vakanten Stelle eines/r Sozialpädagogen/in im Haus der Familie Horn-Lehe			
4. Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung			
5. Mitteilungen des Ausschusssprechers			
▪ Novellierung des Kinderspielflächenortsgesetzes			
6. Berichte des Amtes			
7. Verschiedenes			

Die Ausschussmitglieder wurden per E-Mail vom 20.08.2018 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Die Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die Referenten und die Gäste.

Beschluss: Die Tagesordnung wird ohne Änderung/Ergänzung genehmigt. **(einstimmig)**

Zu TOP 2: Vorstellung des Projektes „BUTEN AKTIV“

Frau Drell und Frau Stalling stellen erst sich und dann das Projekt „BUTEN AKTIV“ vor. Frau Drell erläutert, dass es sich um ein Forschungsprojekt der Universität Bremen handle, welches dem Fachbereich 11 der Human- und Gesundheitswissenschaften zugeordnet sei. „BUTEN AKTIV“ sei gleichzeitig ein Teilprojekt des Präventionsnetzwerkes für gesundes Altern im Nordwesten – AEQUIPA¹. Das Netzwerk wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Die erste Förderphase verlief vom 1. Februar 2015 bis 31. Januar 2018, nun befinde man sich in der zweiten Förderphase, die am 1. Februar 2018 begann und bis 31. Januar 2021 andauere. Ziel des Projektes sei, die körperliche Aktivität im

¹ „AEQUIPA ist ein Präventionsforschungsnetzwerk zur Untersuchung körperlicher Aktivität als Schlüsselfaktor für gesundes Altern mit Fokus auf gesundheitlicher Chancengleichheit bei Primärinterventionen. Auf Grundlage des sozial-ökologischen Modells befasst sich das AEQUIPA-Netzwerk sowohl mit kontextbezogenen Aspekten körperlicher Aktivität als auch mit Interventionsforschung zur Unterstützung einer Verhaltensänderung bei älteren Erwachsenen, unter anderem durch die Anwendung neuer Technologien. Das Netzwerk verbindet auf einzigartige Weise Expertise aus verschiedenen Bereichen wie Public Health, Psychologie, Stadtplanung, Sportwissenschaften, Gesundheitstechnologie und Geriatrie.“ (Quelle: <http://www.aequipa.de/ueber-aequipa.html>)

Freien der 65- bis 75-Jährigen zu erfassen, zu fördern und zu erhalten. Die erste Förderphase, die bis Januar 2018 verlief, war eine Pilotstudie, die in Bremen-Hemelingen durchgeführt wurde. Die zweite Förderphase, die seit Februar 2018 läuft, beinhaltet die Erprobung des Konzeptes in acht Bremer Ortsteilen.

Zunächst erfolge eine Bedarfsanalyse. Dabei finden Begehungen des Ortsteiles statt (dabei werden alle Straßen des Ortsteils dokumentiert und begutachtet, auf dem Erhebungsbogen werde der Zustand der Straßen und der Rad- und Fußwege und das Vorhandensein von Sitzmöglichkeiten, Begrünung und öffentlichen Toiletten erfasst). Und es werden vorhandene Dokumente zum Stadtteil eingesehen. Gleichzeitig werde die Bevölkerung angeschrieben und zur „BUTEN AKTIV“-Gesundheitsuntersuchung eingeladen.

Danach finde gemeinsam mit den Akteuren und der Bevölkerung eine Maßnahmeentwicklung im Ortsteil statt. In der anschließenden Phase finde die Evaluation des Projektes statt und Ergebnisse aus der Gesundheitsuntersuchung vor und nach der Maßnahme verglichen.

Die Auswahl der Ortsteile erfolgte durch eine einfache Zufallsstichprobe. Von 88 möglichen Bremer Ortsteilen waren 51 in der Ziehung – es ergab sich zufällig, dass sowohl Lehe als auch Lehesterdeich ausgewählt wurden.

Frau Drell erläutert den Zeitplan. Man befinde sich gerade in der ersten Phase der Gesundheitsuntersuchung in Lehe, während in Lehesterdeich diese Phase ab September beginne. In Lehe beginne ab dem ersten September die zweite Phase – dabei werden Ideen und Maßnahmen entwickelt, um die körperliche Aktivität im Freien zu fördern.

Frau Stalling erklärt, welche Leitfragen bei der Bedarfsanalyse ausschlaggebend waren. Beispielhaft seien zu nennen:

Wie bewegungsaktiv sind Menschen in der Altersgruppe 65-75 Jahre?

Wie nimmt diese Altersgruppe ihren Ortsteil wahr?

Welche Vorstellungen, Wünsche und Bedürfnisse sind vorhanden?

Und welche Einschränkungen sind vorhanden, beispielsweise in Bezug auf die individuelle Gesundheit und den öffentlichen Raum?

Weiter erläutert sie den Ablauf der Gesundheitsuntersuchung. Dabei werde zunächst ein Fragebogen mit Fragen zum Gesundheitszustand und zur Wohnumgebung an potentielle Teilnehmer – die Daten stammen aus dem Melderegister – des Projektes verschickt. Der Fragebogen wurde in Lehe in der Zeit zwischen Juni und August 2018 verschickt, in Lehesterdeich ist dieser Zeitraum von September bis Dezember 2018 anberaumt. Nachdem die Antworten bei „BUTEN AKTIV“ eingegangen seien, erfolge die telefonische Terminvereinbarung zur körperlichen Untersuchung – dabei werden beispielsweise der BMI und der Blutdruck gemessen. Bei dem darauffolgenden Fitness-Test werden die Kraft, die Flexibilität, die Ausdauer und das Gleichgewicht des Probanden getestet – dieser Termin dauere für die Teilnehmer in der Regel circa fünfzig Minuten. Das Untersuchungszentrum – zuständig für Lehe und Lehesterdeich – befinde sich an der Universität. Um die Bewegung ebenfalls zu messen, werden an die Teilnehmer Bewegungsmesser verteilt, die ihre Bewegungen eine Woche lang dokumentierten.

Frau Stalling erklärt, dass man die gewonnenen Daten mit den Daten der amtlichen Statistik vergleichen werde.

Als Beispiel für gemeinsam entwickelte Maßnahmen nennt Frau Stalling einige Projekte aus Hemelingen: Arthrosesport und Nordic Walking. „BUTEN AKTIV“ sammelte im Ortsteil Hemelingen alle Angebote im Freien und drinnen in einem Schriftstück, dieses wurde danach an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschickt und im Stadtteil ausgelegt. Des Weiteren wurde ein Policy Brief verfasst, in dem die Mängel und die Schwachstellen im Ortsteil aufgezeigt wurden und mögliche Änderungen angestoßen wurden.

Frau Stalling und Frau Drell erläutern ihre aktuellen Aufgaben im Rahmen des Projektes: In Lehe fand bereits die erste Gesundheitsuntersuchung statt, Straßenbegehungen finden noch bis 31. Oktober statt und die Dateneingabe (genauer die Ersteingabe) laufe momentan. So startet die Maßnahmenentwicklung Ende November.

In Lehesterdeich werden die ersten Fragebögen verschickt und die ersten Termine vereinbart. Die erste Infoveranstaltung werde für Ende November 2018 geplant. Dabei werden die ersten Ergebnisse aus Lehe präsentiert.

Frau Drell und Frau Stalling heben den Nutzen des Projektes hervor – die Bevölkerung könne sich aktiv an der Gestaltung des eigenen Ortsteils beteiligen und erhalte eine Rückmeldung zur individuellen körperlichen Verfassung. Die Vernetzung führe zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts zwischen den Teilnehmern. Gleichzeitig werde eine fundierte Datenlage für Lehe und Lehesterdeich erhoben.

Die Ausschussmitglieder loben das Projekt. Sie seien auf die Bilanz gespannt. Einige haben jedoch auch Bedenken bezüglich der Nachhaltigkeit des Projektes. Denn es müsse gewährleistet werden, dass das Projekt auch weiterhin Bestand hat, auch wenn die Projektleitung nicht mehr beteiligt ist.

Frau Drell erklärt, dass das Projekt auf der Ortsteilebene und nicht auf der Stadtteilebene stattfindet, weil die Stadtteile für solch ein Projekt zu groß seien. In Lehe wurden 690 potenzielle Teilnehmer angeschrieben, in Lehesterdeich werden rund 1.400 Menschen angeschrieben.

Des Weiteren erläutert Frau Drell, dass obwohl ihnen ein begrenztes Budget zur Verfügung stünde, sei man zuversichtlich. Denn es gehe in erster Linie darum, die bereits vorhandenen Angebote aufzulisten und diese der Bevölkerung zu präsentieren. Denn oft wissen viele gar nicht, dass es in ihren Ortsteilen bereits viele Angebote vorhanden sind, die sie wahrnehmen könnten. Gerade diese Sammlung der Angebote wurde im Pilotprojekt in Hemelingen am besten angenommen.

Außerdem profitieren die teilnehmenden Akteure voneinander, es gilt zu klären welcher Akteur welche Ressourcen zur Verfügung habe und diese dann für die Nachhaltigkeit des Projektes einsetzen würde. In erster Linie sei es vor allem wichtig, Werbung für das Projekt zu machen, um möglichst viele Menschen – sowohl potentielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer als auch Unterstützer wie beispielsweise Einrichtungen, zu erreichen.

Zu TOP 3: Anträge

3.1 Antrag der CDU-Fraktion: Neubesetzung der vakanten Stelle einer Sozialpädagogin/eines Sozialpädagogen im Haus der Familie Horn-Lehe

Frau Menz trägt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Der Fachausschuss Soziales, Kinder und Sport des Beirates Horn-Lehe möge beschließen:

Der Beirat Horn-Lehe fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf, die vakante Stelle eines/r Sozialpädagogen/in im Haus der Familie Horn-Lehe umgehend neu zu besetzen.

Begründung: Das vom Amt für Soziale Dienste betriebene Haus der Familie Horn-Lehe auf dem Gelände der Hans-Wendt-Stiftung Am Lehester Deich ist eine Einrichtung für Kinder, Mütter und Väter aus den Stadtteilen Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland. Mit seinem vielfältigen Angebot an Kursen, Gesprächskreisen und Eltern-Kind-Gruppen ist ein beliebter und wichtiger Treffpunkt für kleine Kinder und deren Eltern.

Im Februar 2017 hat eine sozialpädagogische Mitarbeiterin zu einem anderen Haus der Familie gewechselt. Seitdem ist diese Stelle abgesehen von einem kurzen Intervall von vier Monaten unbesetzt. Die Konsequenz ist, dass viele Angebote nicht mehr oder nur noch in Eigeninitiative von Müttern stattfinden. Damit fehlt ein wichtiges stadtteilbezogenes Angebot für Familien.

Das Gelände der Hans-Wendt-Stiftung fällt nicht mehr in den Zuständigkeitsbereich des Orsamtes Horn-Lehe, sondern unterliegt der Zuständigkeit des Orsamtes Borgfeld. Frau Rudi macht darauf aufmerksam, dass die Stelle einer Sozialarbeiterin/eines Sozialarbeiters beim Amt für Soziale Dienste im Bereich Haus der Familie Vahr bereits ausgeschrieben sei. Die Stelle wurde am 08. August 2018 ausgeschrieben, die Bewerbungsfrist endet zum 29. August 2018. Die geeigneten Bewerber/innen werden nach dem 10. September 2018 von der zuständigen Referatsleiterin Junge Menschen, Frau Dagmar Pawlik, zu Vorstellungsgesprächen eingeladen.

Die Ausschussmitglieder sind darüber erfreut, dass die Stelle ausgeschrieben wurde und würden es begrüßen, wenn geeignete/r Mitarbeiter/in schnellstmöglich gefunden wird.

Herr Mazur schlägt vor, den Antrag an den Beirat Borgfeld weiterzuleiten.

Beschluss: Der Fachausschuss Soziales, Kinder und Sport des Beirates Horn-Lehe beschließt **einstimmig** die Weiterleitung des Antrages der CDU-Fraktion bezüglich der Neubesetzung der vakanten Stelle einer Sozialpädagogin/eines Sozialpädagogen im Haus der Familie an den Beirat Borgfeld.

Zu TOP 4: Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung ./.

Zu TOP 5: Mitteilungen des Ausschusssprechers

Herr Mazur berichtet über die Novellierung des Kinderspielflächenortsgesetzes² (KSpOG). Beim regen Austausch wurde diskutiert, dass in der Ronzelenstraße ein Kinderspielplatz gut passen würde. Dieser Vorschlag begeisterte nicht alle aus der Bevölkerung. Dabei besage das KSpOG, dass gerade hausnahe Kinderspielplätze zu schaffen seien. Bei der Entscheidung, ob ein Kinderspielplatz entstehen sollte oder nicht, sei gemäß des KSpOG die Mindestausstattung und die Bewohnerzahl eines Wohngebiets ausschlaggebend.

Ausgangslage der Deputationssitzung für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft ist die Novellierung des KSpOG für die Stadtgemeinde Bremen. Dabei ist das KSpOG eine sogenannte örtliche Bauvorschrift auf der Grundlage der Bremischen Landesbauordnung (§ 86 Absatz 1 Nummer 3). Damit wird die Verpflichtung konkretisiert, dass bei der Errichtung von Wohngebäuden mit mehr als drei Wohnungen auf dem Baugrundstück ergänzend private Kinderspielflächen zu errichten sind (§ 8 Absatz 3 und 4 der BremLBO). Diese Verpflichtung besteht in der BremLBO bereits seit 1971, um der Bedeutung des spontanen Spiels im Freien und in hausnaher Umgebung für Kinder gerecht zu werden. Die näheren Anforderungen an die Lage, Größe, Beschaffenheit, Ausstattung, Unterhaltung, aber auch an eine in Ausnahmefall mögliche Ablösung sind ergänzend auf kommunaler Ebene in Ortssatzungen geregelt. Die derzeit gültigen Ortsgesetze über private Kinderspielflächen für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven stammen jedoch noch aus dem Jahr 1973. Sie erfüllen nicht mehr die Anforderungen, die an modern gestaltete Kinderspielflächen gestellt werden, sind nicht mehr zeitgemäß und bedürfen deshalb einer Überarbeitung.

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hat die gesetzgeberische Federführung bei der perspektivisch anstehenden Novellierung des KSpOG, da es sich um eine örtliche Bauvorschrift auf der Grundlage der BremLBO handelt. Die fachliche Verantwortung für die Anforderungen an die Spielförderung von Kindern liegt bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (SJFIS). Dort wird derzeit unter Einbindung der anderen Ressorts ein Spielraumförderkonzept für die Stadtgemeinde Bremen erstellt, welches zwischen öffentlichen und privaten Kinderspielflächen differenziert, da sich die Standards zur Ausstattung und Unterhaltung deutlich unterscheiden.

Es ist geplant, den Gesetzentwurf bis Ende 2019 in enger Abstimmung mit SJFIS zu erstellen. Im Rahmen des Anhörungsverfahrens werden dann unter anderem auch die Beiräte beteiligt.

² Bericht der Verwaltung zur Novellierung des Kinderspielflächenortsgesetzes für die Stadtgemeinde Bremen erhalten die Fachausschussmitglieder*innen als Anlage zum Protokoll.

Zu TOP 6: Berichte des Amtes

- 6.1 Der Fragekatalog zum Alloheim wurde am 3. Mai 2018 per E-Mail an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport weitergeleitet.
- 6.2 „Horn to hoopen“ – Hol- und Bringdienst in Horn-Lehe suchen noch freiwillige Mitarbeiter – sowohl Fahrer als auch Helfer für den Telefondienst. Der Fachausschuss wünscht die Vorstellung des Projektes in der Fachausschusssitzung. Frau Rudi erklärt, dass es für Herrn Claus am heutigen Termin zeitlich nicht möglich war, voraussichtlich wird Herr Claus bei der nächsten Sitzung des Fachausschusses am 20. November 2018 dabei sein können, um über das Projekt berichten zu können
- 6.3 Studierende der Universität Bremen und der Hochschulen in Bremen und Bremerhaven müssen künftig keine Verwaltungsgebühren bei ihrem Semesterbeitrag mehr leisten. Im ersten Schritt zahlen die Studierenden ab dem Wintersemester 2018/2019 zwölf Euro weniger, also insgesamt 62 Euro³; ab dem Wintersemester 2020 fällt dann die Gebühr komplett weg. Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz möchte die Studierenden damit finanziell entlasten; die wegfallenden Einnahmen werden den Hochschulen zusätzlich zur Verfügung gestellt: in diesem Jahr (2018) sind es 385.000 Euro, in den Folgejahren rund 770.000 Euro.
- 6.4 Erweiterung des Fahrbereichs⁴ des Semestertickets Niedersachsen/Bremen; das Semesterticket kostet zum Wintersemester 2018/2019 200,12 Euro
- 6.5 Am 01. September 2018 findet ein Straßenfest im Hollergrund statt, dort werden unter anderem auch die Ergebnisse aus der Umfrage zu den Bedürfnissen rund um das Kopernikusviertel und Umzu präsentiert

Zu TOP 7: Verschiedenes

Frau Menz berichtet zum Sommerfest in der Robert-Bunsen-Straße, dass die Rückmeldungen aus der Bevölkerung positiv waren. Der Bürgerverein habe an dem Tag fünfhundert Euro eingesammelt. Weitere Ausschussmitglieder berichten ebenfalls davon, dass das Sommerfest bei der Bevölkerung positiv angenommen wurde. Frau Funkt ergänzt, dass sie es bevorzugen würde, wenn das Fest nicht jährlich, sondern alle zwei bis drei Jahre stattfinden würde. Herr Stadler lobt ebenfalls das Fest, fügt jedoch hinzu, dass die Lautsprecher zu leise gewesen seien, und dass die Hinweisbeschilderung für Toilettenmöglichkeiten schlecht visualisiert gewesen sei.

Olga Rudi

- Vorsitz + Protokollführung -

Dieter Mazur

- Ausschusssprecher -

³ Der Gesamtbetrag des Semesterbeitrages beträgt Euro 346,12 (Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von Euro 62, AStA-Beitrag in Höhe von Euro 9, Beitrag zum Studierendenwerk in Höhe von Euro 75 und Beitrag für das Semesterticket in Höhe von Euro 200,12).

⁴ Karte des gültigen VBN-Bereichs des Semestertickets erhalten die Fachausschussmitglieder*innen als Anlage zum Protokoll.